

UWG will Bürgervotum zum Bäderstreit

Steinfeld (hib) – Die Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) will die Steinfelder über die Zukunft der Bäder in ihrer Gemeinde entscheiden lassen. Das Medium soll ein Bürgerbegehren für einen Bürgerentscheid sein. Die Details werden noch geklärt, sagt Heinrich Luhr von der UWG. Die Entscheidung, die Möglichkeiten für sich zu nutzen, die der Paragraph 22b der Gemeindeordnung biete, sei aber gefallen. Etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten – 2006 waren das etwa 7000 Menschen – müssten das Bürgerbegehren unterschreiben. Dann würde ein Bürgerentscheid stattfinden. Sprich: Den Steinfeldern würde eine Frage gestellt, über die mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Bei dem Urnengang sind 25 Prozent der Wählerstimmen für eine positive Entscheidung nötig. Die hätte dann den Charakter eines Ratsbeschlusses.

Der fehle zur Bädersanierung, betont Luhr. Er habe daher die Verwaltung von seinem Vorhaben informiert. Das Schreiben, in dem auch um Informationen zu den weiteren Formalia gebeten wird, werde derzeit bearbeitet, sagt Bürgermeisterin Manuela Honkomp.

Er sei sich sicher, dass die Mehrheit der Steinfelder mit dem CDU-Konzept, das Hallen- und das Freibad zu sanieren, nicht einverstanden sei, sagt Luhr und zitiert Konfuzius: „Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten.“